



Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 395, 17.08.2011

Stundenkürzungen in wichtigen Schulbereichen abgewendet

Initiative für Doppelte Staatsbürgerschaft unterstützen

Stundenkürzungen in wichtigen Schulbereichen abgewendet

Die gestern in der Bildungsdeputation zur Kenntnis genommene Vorlage zur Stundenzuweisung für Schulen kommentiert die bildungspolitische Sprecherin der Grünen, Sülmez Dogan, wie folgt: „Die zum neuen Schuljahr geplanten Kürzungen beim jahrgangsübergreifenden Unterricht an Grundschulen sind abgewendet. Gerade der jahrgangsübergreifende Unterricht ist wichtig für die Förderung von schwächeren SchülerInnen. Die altersgemischten Gruppen erhöhen nicht nur die Chancen für den Lernerfolg, sondern stärken auch die sozialen Kompetenzen. Auch die Stunden für Schulversuche und Profilbildung sowie für übergreifende Aufgaben an gymnasialen Oberstufen bleiben erhalten. Die Schulen haben in diesen Bereichen jetzt endlich die notwendige Planungssicherheit und können ihre Notfallpläne in der Schublade lassen. Mit der Vorlage von gestern sind in den drei Bereichen keinerlei Vorfestlegungen verbunden. Wir werden im Verlauf des Schuljahres im Dialog mit den Schulen intensiv prüfen, welche Stundenzuweisungen in diesen Bereichen notwendig sind. Das muss außerdem sorgfältig gegen andere Sparmöglichkeiten abgewogen werden.“

Initiative für Doppelte Staatsbürgerschaft unterstützen

Bremen will der baden-württembergischen Bundesratsinitiative zur Abschaffung der Optionspflicht beitreten. Dies hat der Senat gestern beschlossen. Dazu erklärt die migrations- und integrationspolitische Sprecherin Zahra Mohammadzadeh: „Die doppelte Staatsbürgerschaft für hier geborene und aufgewachsene junge Menschen aus Zuwandererfamilien ist keine Bekenntnisfrage, sondern schlicht deutscher Alltag. Sie gesetzlich zu zwingen, sich als Volljährige gegen eine ihrer beiden Nationalitäten zu entscheiden, ist absurd. Die CDU muss ihre Blockadehaltung aufgeben, um diesen integrationspolitischen Unsinn zu beenden. Wir wollen über die Volljährigkeit hinaus

den Doppelpass für die betroffenen Heranwachsenden. Die deutsche Staatsbürgerschaft mit allen damit verbundenen Rechten und Pflichten ist die Basis für echte Chancengleichheit. Der Optionszwang muss ersatzlos gestrichen werden.“

Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts erhält jedes in der Bundesrepublik geborene Kind von Einwanderern neben der Staatsangehörigkeit der Eltern automatisch auch den deutschen Pass, wenn ein Elternteil seit acht Jahren hier lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht hat. Allerdings müssen sie sich bisher bis zum 23. Lebensjahr zwischen ihren beiden Staatsangehörigkeiten entscheiden. Dieser Optionszwang betrifft in den nächsten Jahren alleine in Bremen über 1000 junge Menschen. Bremen hatte sich schon 2008 mit einer Bundesratsinitiative für die Abschaffung der Optionspflicht stark gemacht, fand dafür aber aufgrund der Blockadehaltung von Schwarz-Gelb keine Mehrheit.

„Der Optionszwang ist eine krasse Ungleichbehandlung, weil er die Betroffenen zu BürgerInnen minderen Rechts macht. Schon heute sind davon Kinder aus binationalen Ehen und Heranwachsende aus der EU sowie Schweiz ausgenommen. Der Doppelpass ist für sie längst der Normalfall“, betont Zahra Mohammadzadeh.

AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Sülmez Dogan, bildungspolitische Sprecherin
suelmez.dogan@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-210/248)



Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Deputation für Bildung - Stadt)
kirsten.kappert-gonther@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-165)



Dr. Stephan Schlenker, kinderpolitischer Sprecher
stephan.schlenker@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-168)



Linda Neddermann, jugendpolitische Sprecherin
linda.neddermann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-166)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend
tobias.erzmann@gruene-bremen.de
(Tel.: 3011-251)

Zum Ein- und Austragen aus dem Newsletter verwenden Sie bitte folgenden
Link: <http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/default/rubrik/5/5601.newsletter.htm>

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die
Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.

www.gruene-fraktion-bremen.de